

Lesung mit Olaf Sundermeyer aus seinem Buch „Rechter Terror in Deutschland“

Im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus ist der Experte für Rechtsextremismus Olaf Sundermeyer zu einer Lesereise durch den Kreis Unna gestartet. Heute (12. März) macht er Station in Bergkamen.

Um 10 Uhr stellt er sich der Diskussion im Städt. Gymnasium. Abends ab 19 Uhr liest er aus seinem Buch „Rechter Terror in Deutschland“ in einer öffentlichen Veranstaltung des „Arbeitskreises gegen Rechts“ im Treffpunkt an der Lessingstraße.



Olaf Sundermeyer

Vor gut einem Monat war Olaf Sundermeyer bereits Gast der Kamener Volkshochschule gewesen. Die NPD verbieten? Sicher: Das klingt gut, und es wäre ein Signal. Bloß: An der Ideologie, an der Fremdenfeindlichkeit inmitten der Gesellschaft würde sich durch ein Verbot nichts ändern, lautet seine These. Das östliche Ruhrgebiet sei ohnehin “die Hochburg autonomer Nationalisten”: von Nazis, die sich alle Mühe gäben,

nicht als Nazis erkennbar zu sein. Besser sei es, sich mit ihrer Ideologie auseinanderzusetzen. Die sage schlicht: Es gibt Menschen, die weniger wert sind als andere. "Die Zivilgesellschaft sollte über Rassismus reden, über Homophobie, über Antiziganismus."

Den vollständigen Bericht über die Lesung finden Sie hier: <http://sesekegefluester.de/stadt-kamen/politik/npd-verbot-klingt-gut-hilft-wenig/>

Olaf Sundermeyer schildert die konkreten Formen rechter Gewalt

Der Autor Olaf Sundermeyer liest im Rahmen der Vernetzung "Aktionen gegen Rechtsextremismus im Kreis Unna" während der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ am 12.03.2013 öffentlich um 19:00 Uhr im „Treffpunkt“. Zuvor liest er nichtöffentlich für Schüler des Städtischen Gymnasiums Bergkamen. Der anerkannte Journalist und Autor Sundermeyer ist einer Einladung des „Bergkamener Arbeitskreises gegen Rechts“ gefolgt. Olaf Sundermeyer schildert in seinen Lesungen eindringlich die konkreten Formen rechter Gewalt in beklemmenden Nahaufnahmen, vom Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, über Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, Mölln und Solingen bis hin zu den Anschlägen der NSU.

Lange Zeit ist der „Terror von Rechts“ in Deutschland verharmlost worden. Viele Opfer werden in den offiziellen Statistiken nicht erfasst, weil sie die Übergriffe aus Angst nicht anzeigen oder weil die ermittelnden Stellen das

politische Tatmotiv nicht erkennen.

Nach der Lesung besteht die Möglichkeit mit dem Autor zu diskutieren. Die Opferberatungsstelle NRW und die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg“ sind ebenfalls zur Diskussion eingeladen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Entsprechend § 6 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes sind jedoch Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus massiv gefährdet



Plakat „Bergkamen bunt und nazifrei“ bei einer

Kundgebung des
Arbeitskreises gegen Rechts
auf dem Nordberg.

Mit Unverständnis haben die Mitglieder des Arbeitskreises gegen Rechts in ihrer letzten Sitzung auf die Ankündigung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, reagiert, die Finanzierung der mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus bundesweit zurückzufahren.

Bislang findet eine Förderung mit Bundesmitteln im Bundesprogramm „Toleranz fördern, Demokratie stärken“ statt. Aufgrund der gegenwärtigen Meldungen muss befürchtet werden, dass Mittel in einem solchen Umfang gestrichen werden, dass auch die regionalen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus nicht mehr finanziert werden können.

In Nordrhein-Westfalen existieren solche Beratungsstellen in allen Regierungsbezirken. Die für den Regierungsbezirk Arnsberg tätige Stelle wird von der Ev. Kirche in Westfalen mit Sitz in Schwerte geführt. Der Leiter dieser Stelle, Dieter Frohloff, war schon mehrfach im Arbeitskreis gegen Rechts eingeladen, um dort sach- und fachkundig Auskunft über die regionale und überregionale Entwicklung im Bereich des Rechtsextremismus Auskunft zu geben.

Bernd Wenske, Leiter des Arbeitskreises gegen Rechts in Bergkamen: „Mehrere Mitglieder des Arbeitskreises waren regelrecht empört, dass der Bund in einer Zeit Mittel kürzen will, in der die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen immer wichtiger wird. Das Wissen um die Strukturen muss erhalten bleiben. Gerade die beratenen Kommunen und Organisationen benötigen externen Sachverstand, um ihre Arbeit darauf auszurichten.“

Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis gegen Rechts nunmehr durch seinen Leiter die Bundesministerin und die drei

hiesigen Bundestagsabgeordneten Kaczmarek, Hüppe und Ostendorff angeschrieben und gegen die geplante Mittelkürzung protestiert. Dies ist mit der Hoffnung auf Einsicht in die Notwendigkeit der weiteren Förderung verbunden.